

Allgemeine Geschäftsbedingungen

haupt/sache (Kai Haupt)

1. Geltungsbereich

(1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für sämtliche Verträge über Beratungs-, Schulungs- und Interim-Management-Leistungen zwischen Kai Haupt, handelnd unter „haupt/sache“ (im Folgenden „Berater“ genannt), und dem Auftraggeber.

(2) Entgegenstehende oder abweichende Geschäftsbedingungen des Auftraggebers finden keine Anwendung, es sei denn, der Berater hat ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt.

(3) Diese AGB gelten auch für zukünftige Geschäftsbeziehungen, ohne dass es einer erneuten Vereinbarung bedarf.

2. Leistungsgegenstand

(1) Gegenstand der Leistungen sind insbesondere Beratungsleistungen im Einkauf, nachhaltige Beschaffung, Optimierung von Lieferketten sowie Interim-Management.

(2) Es handelt sich um Dienstleistungen im Sinne eines Dienstvertrages. Ein konkreter wirtschaftlicher oder operativer Erfolg wird nicht geschuldet.

(3) Der konkrete Leistungsumfang ergibt sich aus dem jeweiligen Angebot oder Projektvertrag.

3. Leistungserbringung

(1) Der Berater erbringt seine Leistungen eigenverantwortlich und ist in der Gestaltung von Zeit, Ort und Art der Durchführung frei.

(2) Eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Auftraggebers erfolgt nicht.

(3) Der Berater ist berechtigt, zur Erfüllung seiner Leistungen qualifizierte Dritte einzusetzen.

4. Mitwirkungspflichten

(1) Der Auftraggeber verpflichtet sich, alle zur Leistungserbringung notwendigen Informationen, Unterlagen und Zugänge rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

(2) Der Auftraggeber benennt feste Ansprechpartner.

(3) Verzögerungen oder Mehraufwände, die durch unzureichende Mitwirkung entstehen, gehen zu Lasten des Auftraggebers.

5. Vergütung

(1) Die Vergütung erfolgt gemäß individueller Vereinbarung auf Basis von Tagessätzen, Stundensätzen oder Pauschalen.

(2) Angefangene Tage können als volle Tage berechnet werden, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

(3) Alle Preise verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

(4) Rechnungen sind innerhalb von 14 Tagen ohne Abzug zur Zahlung fällig.

6. Reisekosten und Auslagen

(1) Reisekosten und sonstige Auslagen werden gesondert berechnet, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wurde.

(2) Maßgeblich sind die tatsächlich entstandenen Kosten sowie übliche Pauschalen.

(3) Übernachtungen erfolgen in Hotels der mittleren Kategorie.

7. Zahlungsbedingungen

(1) Bei Zahlungsverzug ist der Berater berechtigt, Verzugszinsen gemäß § 288 BGB zu berechnen.

(2) Der Berater kann bei Zahlungsverzug weitere Leistungen bis zur vollständigen Zahlung aussetzen.

(3) Eine Aufrechnung ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

8. Vertraulichkeit

(1) Beide Parteien verpflichten sich, sämtliche im Rahmen der Zusammenarbeit erlangten Informationen vertraulich zu behandeln.

(2) Diese Verpflichtung gilt auch über das Vertragsende hinaus.

(3) Gesetzliche Offenlegungspflichten bleiben unberührt.

9. Haftung

(1) Der Berater haftet unbeschränkt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

(2) Bei leichter Fahrlässigkeit haftet der Berater nur bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

(3) Die Haftung ist auf die Höhe der bestehenden Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung in Höhe von 500.000 € je Schadensfall begrenzt.

(4) Eine Haftung für mittelbare Schäden oder entgangenen Gewinn ist ausgeschlossen.

10. Nutzungsrechte

(1) Arbeitsergebnisse dürfen ausschließlich für interne Zwecke des Auftraggebers verwendet werden.

(2) Eine Weitergabe an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Beraters.

(3) Sämtliche Methoden und Konzepte verbleiben Eigentum des Beraters.

11. Laufzeit und Kündigung

(1) Die Vertragslaufzeit ergibt sich aus der jeweiligen Vereinbarung.

(2) Eine ordentliche Kündigung ist mit einer Frist von 14 Tagen möglich.

(3) Bereits erbrachte Leistungen sind vollständig zu vergüten.

12. Selbstständigkeit

Der Berater ist selbstständig tätig und unterliegt keinen Weisungen des Auftraggebers. Ein Arbeitsverhältnis wird nicht begründet.

13. Gerichtsstand und Recht

(1) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Gerichtsstand ist – soweit gesetzlich zulässig – der Sitz des Beraters.

14. Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen unwirksam sein, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen unberührt.